



DL21

#leftlessons

## Zusammenfassung: Daseinsvorsorge im Sozialstaat

#leftlessons Nr.2 vom 09. April 2020

Prof. Rudolf Hickel, Forschungsleiter am Institut Arbeit und Leben an der Uni Bremen

### Grundlagen der Daseinsvorsorge im Sozialstaat

Wir brauchen einen emanzipatorischen Sozialstaat, weil Märkte unsozial sind. Selten war dies so deutlich, wie bei den Herausforderungen, vor die wir uns jetzt z.B. im Gesundheitssystem gestellt sehen. Die Gesundheits-Krise ist ein Erweckungserlebnis der globalen Gesellschaft, dass der Neoliberalismus wahrscheinlich nicht überleben wird. Aber was dann?

Eine wesentliche Aufgabe des Sozialstaats ist es, die Wirtschaft in ein soziales Gesamtsystem einzubetten.

Staat und Wirtschaft sind in einer sozialstaatlichen Ordnung nicht zu trennende Welten; schon gar nicht dient der Staat der Wirtschaft, sondern er setzt den solidarischen Zweck und den Rahmen der Ökonomie. Der demokratische Sozialstaat agiert dort, wo individuelle Entscheidungen irrational wären, um das Gemeinwohl zu verwirklichen. Es geht um das Überindividuelle; deshalb ist ein solcher Staat gekennzeichnet davon, zutiefst sozial zu sein und nicht autoritär.

### Die historische Entwicklung des Sozialstaates in der Bundesrepublik

Kriterien dafür, was im bundesrepublikanischen Sozialstaat reguliert werden sollte, haben sich aus historischer Erfahrung in den 1950er Jahren herausgebildet. Die Gewerkschaften und die SPD haben gegen die CDU eine Daseinsvorsorge erkämpft, die besser war als die heutige: Aus dem Wiederaufbau entstanden dadurch soziale Strukturen für eine soziale Moderne. Dass Märkte unsozial sind und gefährliche Unsicherheiten der Menschen produzieren, war weitgehender Konsens. Der Sozialstaat sollte gegen die Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit oder andere, unverschuldete Not absichern und vor Armut schützen. Solche Lebenslagen



DL21

#leftlessons

sollten nicht in „Eigenverantwortung“ bewältigt oder als „eigenverantwortlich“ verschuldet verstanden werden.

Darüber hinaus geht es beim emanzipatorischen Sozialstaat um ein weiterreichendes Ziel: Um Entfaltung! Der entwickelte Sozialstaat ist eine wesentliche Voraussetzung der Entfaltung der Persönlichkeit.

### **Die SPD und der Sozialstaat**

Die Legitimationskrise der SPD resultiert daraus, sich von diesen programmatischen Zielvorstellungen verabschiedet zu haben, obgleich ja noch im Hamburger Programm steht: *„Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. Sie verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können.“*

Aber schon vorher war die Agenda 2010 mit ihrer Fokussierung auf „Eigenverantwortung“ eine Abkehr davon, die bis jetzt nicht ausreichend korrigiert wurde.

### **Schlussfolgerung – Forderungen an einen progressiven Sozialstaat**

Die Aufgabe auf Sozialstaatlichkeit gerichteter Politik heute ist es deshalb, diesen Systembruch wieder rückgängig zu machen. Im Kern müsste das ein konsequenter Kampf gegen Prekarisierung sein, die die Opfer der Krisen in Täter ummünzt. Die Mindestlöhne sind bereits eine Antwort auf die so von der SPD mitgeschaffenen Verwerfungen, aber um Vertrauen zurück zu gewinnen muss die SPD anerkennen, dass die Agenda 2010 kein Wachstums- oder Sicherungs-Programm, sondern ein Prekarisierungsprogramm war. Der Stil der „Basta-Politik“ hat lange unterbunden, dass die SPD ausreichende Alternativen entwickeln konnte.

Es muss jetzt geklärt werden, wie die Weichen neu gestellt werden müssen in Bezug auf Löhne, Lohnnebenkosten und paritätische Finanzierung der Sozialsysteme. Man muss die



DL21

#leftlessons

Rente vom Grunde auf (von der Arbeit her) reparieren und eine wesentlich höheres Rentenniveau erzielen. Dafür ist ein höheres Beitragsniveau der Unternehmen anzustreben und keinesfalls ein späteres Renteneintrittsalter. Die private Rentenversicherung (so wie jede finanzmarktorientierte Sicherung) muss überwunden werden. Anzustreben ist, die Sozialsysteme auf eine Steuerfinanzierung umzustellen. Schon für einen Rentensatz von 53 Prozent braucht man derzeit eine erhebliche Steuerfinanzierung oder Erhöhung des Arbeitgeber-anteils. Wir brauchen eine Bürgerversicherung, eine Erwerbstätigenversicherung.

Gegen die mit der Eigenverantwortungspolitik betriebene Prekarisierung liefert die Diskussion um ein Bedingungsloses Grundeinkommen wertvolle Anstöße, weil damit thematisiert ist, dass eine würdige Existenzsicherung ein Menschenrecht ist. Jedoch sollte lieber in allen Lebensbereichen eine Grundsicherung realisiert werden, zum Beispiel durch ein Wohngrundeinkommen und eine vernünftige Arbeitslosenversicherung. Erst dieses Herangehen würde Grundsicherung zum Gegenstand von gigantischer Umverteilungspolitik von Oben nach Unten machen.

Die SPD steht sich bei dem nötigen Politikwechsel noch im Wege, weil sie immer noch zu sehr an den Markt glaubt und deshalb auch meint, von so einer privatisierungsfreundlichen Politik zu profitieren. Man darf dabei den Einfluss des Lobbyismus zum Beispiel der Versicherungswirtschaft nicht unterschätzen, der ein System der „Halbkorruption“ geschaffen hat. Die Folge so gelenkter Politik ist, dass, wenn das Kind in den Brunnen fällt, also die durch Fonds gefütterten Märkte zusammenbrechen, die Verluste sozialisiert werden und die Ungleichheit erneut wächst.

Mit den Paradigmen eines demokratischen Sozialstaats ist hegemonial 1990 gebrochen worden. Diesen Paradigmenwechsel muss man umkehren, um eine rigorose Umverteilung durch Steuern durchzusetzen, die Bedingung der Finanzierung angemessener Daseinsvorsorge ist. Insofern ist die 1,1 Billionen Euro-Zusage des Bundes zur Bekämpfung der Auswirkungen von Corona richtig, aber man muss im selben Atemzug von dauerhafter radikaler Umverteilung von Oben nach Unten und von einer Vermögensabgabe reden.

Die derzeitige Krise muss der Nährboden einer grundstürzenden Dekommerzialisierung des Gesundheitsbereichs sein, die beispielgebend wird für alle anderen Lebensbereiche, insbesondere das Wohnen. Es muss mindestens klar sein: Sozialstaat muss gegen die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus schützen. Aber ein wirklicher sozial-ökologischer Umbau erfordert mehr.



DL21

#leftlessons

Die SPD muss den Lobbyismus bekämpfen und für eine gründliche Stärkung der Demokratie kämpfen. Es geht um soziale Gestaltung für eine extrem gerechte Einkommens- und Steuerlastverteilung. Wesentlich dafür und für den emanzipatorischen Charakter des Sozialstaats ist deshalb auch die Wiederbelebung des Kampfes für Wirtschaftsdemokratie.

Die „Marktkonforme Demokratie“ Merkels rettet die Märkte. Es geht aber um die Menschen. Dafür ist das non plus ultra, die Gesellschaft demokratischer zu organisieren, weil die Menschen selbst wissen und tun können, was in ihrem solidarisch verstandenen Interesse ist. Keynes war zwar nicht mutig genug für einen positiven Bezug auf Sozialismus, aber seine Ökonomie weist in diese Richtung.

Es geht auch jetzt um einen emanzipatorischen Aufbruch wie in den 1960er Jahren, in denen der Bildungskatastrophe mit der Bekämpfung des Unterschiedes von Stadt und Land, der Geschlechter und der sozialen Ungleichheit beim Bildungszugang begegnet wurde – mit einer sozialistischen Zukunftsvision. Die Krisen waren nie Manna für links: Die gesellschaftliche Linke wird stärker, wenn sie in der Krise kämpft, anstatt sich nur bestätigt zu sehen. Und man muss der Diskriminierung durch die Mainstreammedien begegnen. Dafür müssen wir Profilierungskämpfe beenden und stattdessen die Erfahrungen der Krise und unsere Erkenntnisse als Treibstoff für massive Aufklärung und Änderungen nehmen!